



Engagement für Bildungszukunft

Überparteiliches Bildungs-Volksbegehren: **Warum sollten gerade (auch) Sie als Pflege-Professional unterschreiben..?**



Die Katholischen Familienverbände sowie tausende Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen haben es bereits getan – ich selbst natürlich längst auch: wir haben bereits unterschrieben. **Warum** jede einzelne Unterschrift wichtig für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für die Qualität des künftigen Pflegenachwuchses ist, soll folgendes spannende Gedanken-Experiment verdeutlichen: **Ersetzen Sie in diesem aktuellen Horror-Szenario den Begriff „Tourismus“ durch den Begriff „Pflege“...**

VOLKSBEGEHREN
BILDUNGSINITIATIVE
**UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG
JETZT UNTERSCHREIBEN**

IHRE
UNTERSCHRIFT
ZÄHLT ZUM
GESAMT-
ERGEBNIS

ÖSTERREICH
DARF NICHT
SITZEN
BLEIBEN

IM HAUPTWOHNSITZ-GEMEINDEAMT ODER IM MAGISTRATISCHEN BEZIRKSAMT
Mehr Info: www.nichtsitzenbleiben.at Hotline: 0800 204 400

Eine kritische Bestandsaufnahme des Bildungssystems präsentierten Peter Peer und Sepp Schellhorn, Präsidenten der Österreichischen Hotelierversammlung ÖHV mit Hannes Androsch, Mitinitiator des Bildungsvolksbegehrens: "Trotz herausragender Leistungen der Betriebe ist Österreich in einem aktuellen Ranking des Weltwirtschaftsforums zurückgefallen. Dafür gaben die negativen Werte für Arbeitsmarkt und Bildung den Ausschlag", so Peer. Der Handlungsbedarf sei nicht erst seit gestern evident: "Dass ein hochrangiger Politiker die Bremser im Bildungsbereich **als Gefahr für die Zukunft Österreichs**

nennt (*gemeint ist der demissionierte Finanzminister Josef Pröll. Anm.d.Red.*), bestätigt die Besorgnis erregende Analyse des Weltwirtschaftsforums. Dass er das erst bei seinem Abgang tut, zeigt dass die Veränderung im Bildungssystem

von außen kommen muss: Von den InitiatorInnen des Bildungsvolksbegehrens, von den Eltern und Schülern, von der Wirtschaft", erklärt Schellhorn: Alle denen etwas an unserer Zukunft liegt, sollten dieses Volksbegehren unterstützen!

Bezeichnender Weise kommt der jüngste Vorstoß zur Bildungsreform von Sozialminister Hundstorfer: Die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr müsse rasch umgesetzt werden, fordert Tourismuspräsident Peer und verweist auf die dramatische Fehlentwicklung: "Es landen zu viele Jugendliche in der Arbeitslosigkeit. Wir müssen das verhindern!"

Androsch betont, wie wichtig Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen für Tourismuswirtschaft und Wirtschaftsstandort seien. "Gerade in einem Tourismusland wie Österreich ist es fatal, wenn junge Menschen am Ende ihrer Schullaufbahn nicht fehlerfrei Kopfrechnen und keinen Satz fehlerfrei schreiben können, von Fremdsprachenkenntnissen ganz zu schweigen. Es liegt ein Fehler im System, und für diesen müssen wir alle teuer bezahlen - die jungen Menschen, weil durch die schlechte Schulbildung ihre Zukunftschancen dramatisch sinken, die Wirtschaft, weil sie frei werdende Stellen entweder gar nicht besetzen kann oder neue Mitarbeiter auf eigene Kosten nachschulen muss, und die Gesellschaft, weil wir im Zeitalter der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft um jeden jungen Menschen kämpfen müssen, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben und unseren Wohlstand halten wollen."



Weiters betont Androsch, dass die Lehrausbildung nicht zur "Negativauslese" werden dürfe. "Das duale Berufsausbildungssystem in Österreich ist eine riesige Erfolgsgeschichte (Anm.d.Red.: das gilt sinngemäß auch für die exzellente

Pflegeausbildung): Durch den demografischen Wandel droht uns jedoch in den kommenden Jahren ein eklatanter Lehrlingsmangel. Deshalb müssen wir dringend den Ruf von Lehrberufen anheben", so Androsch (Bild).

Defizite im Pflichtschulbereich kosten Tausende Talente

Verbesserungen in der Lehrlingsausbildung (Lehrlingsakademie) sowie eine Modernisierung der Lehrberufe im Tourismus wird bereits umgesetzt. Um die Zukunft der Lehre zu sichern, müsse aber mehr geschehen: "Einerseits müssen wir das Niveau in der Pflichtschulausbildung heben, damit wir hier niemanden

verlieren, den wir gut brauchen können. Das muss oberste Priorität haben. Andererseits müssen wir die Vorzüge der Lehre denen besser aufzeigen, die derzeit in zu großer Zahl in eine andere Richtung tendieren", so Peer. 2010 haben 39.760 Jugendliche eine Lehre begonnen. 2015 werden es weniger als 35.000 sein, 2023 nicht einmal 30.000. **Schon jetzt sind alleine im Tourismus 1.500 Lehrstellen zu besetzen.** Die Forderung der Gewerkschaftsjugend, dass



Betriebe ab zehn Mitarbeitern zur Lehrlingsausbildung verpflichtet werden sollen, gehe an der Realität vorbei. "Der Bedarf an Mitarbeitern steigt, die Anforderungen an Fachkräfte auch. Trotzdem verlieren Jahr für Jahr Tausende Talente wegen der Defizite im Pflichtschulbereich den Anschluss an Bildung und Arbeitsmarkt", warnt Schellhorn.

Endlich Konsequenzen aus PISA-Tests ziehen!

Peer fordert: "Wer von jungen Leuten verlangt, dass sie etwas lernen, muss Vorbildwirkung zeigen. Doch was haben PolitikerInnen und LehrerInnen aus



den PISA-Tests gelernt, wie haben sie das Gelernte umgesetzt?" Benchmarks für Schulen sollen die Vergleichbarkeit von Zeugnissen erhöhen: "Ich muss bei BewerberInnen aus ganz Österreich wissen, was ein Zeugnis objektiv wert ist. Das gebietet die Fairness."

Einer Zielgruppe müsse gesondertes Augenmerk gewidmet werden: Der Hälfte der jungen MigrantInnen fehlt ein weiterführender Abschluss nach der Pflichtschule. "Hier besteht großer Aufholbedarf in der individuellen Förderung", verweist Schellhorn auf den stark unterdurchschnittlichen Anteil von Lehrlingen mit

Migrationshintergrund: Aktuell sind 28.000 Jugendliche arbeitslos und weitere 28.000 in Schulungen. "Wir dürfen nicht den Fehler machen, das als Einzelschicksale abzutun oder die Schuld in individuellen Fehlern zu suchen: Das funktioniert bei dieser Größenordnung nicht mehr. Wenn man vorsichtig mit 1.500 Euro für Arbeitslosengeld, Schulungskosten und entgangenen SV-Beiträgen rechnet, kostet uns die Jugendarbeitslosigkeit 1 Mrd. Euro im Jahr."

Zukunft geht uns alle an!

"Zukunft geht uns alle an", appellieren Androsch, Peer und Schellhorn an UnternehmerInnen und MitarbeiterInnen in Tourismusbetrieben, für das Volksbegehren zu unterschreiben. **Bis 1. Juli** liegen auf Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern Unterstützungserklärungen für das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ auf. Jede Unterstützungserklärung zählt bereits zum Gesamtergebnis des späteren Volksbegehrens, es muss also in der Eintragungswoche nicht nochmals unterschrieben werden.

Mehr dazu auf der PflegeNetzWerk-Startseite unter www.LAZARUS.at

